

Angela Wroblewski ·
Angelika Schmidt *Hrsg.*

Gleichstellungspolitiken revisted

Zeitgemäße Gleichstellungspolitik
an der Schnittstelle zwischen Politik,
Theorie und Praxis



Springer VS

Gleichstellungspolitiken revisted

Angela Wroblewski · Angelika Schmidt
(Hrsg.)

Gleichstellungspolitiken revisted

Zeitgemäße Gleichstellungspolitik
an der Schnittstelle zwischen Politik,
Theorie und Praxis

Hrsg.

Angela Wroblewski
IHS – Institut für Höhere Studien
Wien, Österreich

Angelika Schmidt
Institut Change Management und
Management Development
Wirtschaftsuniversität Wien
Wien, Österreich

ISBN 978-3-658-35845-7 ISBN 978-3-658-35846-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-35846-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geographische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Cori Antonia Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

In den letzten Jahren wurde der Bedarf an Gleichstellungspolitik ambivalent diskutiert. Zum einen wurden die positiven Entwicklungen für Frauen im Bereich der Erwerbsbeteiligung und Bildung aufgezeigt, zum anderen auf Bereiche hingewiesen, wo sich kaum Veränderungen zeigen, wie die Dominanz von Männern in Leitungsfunktionen und deren Fehlen in der Betreuungsarbeit. Darüber hinaus wurde – nicht nur in Österreich – von einem Backlash gesprochen, der sich beispielsweise in einer Abkehr von der geschlechterneutralen Sprache, in der Kürzung von Subventionen für Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen, im Rückbau von Institutionen und in Angriffen auf die Gender Studies niederschlägt. Zu diesen Phänomenen kam es trotz der Verankerung von Gender Mainstreaming im Primärrecht der Europäischen Union und auf nationaler Ebene, obwohl inzwischen zahlreiche Institutionen im Bereich Gleichstellung geschaffen und weithin Bekenntnisse zur Förderung von Vielfalt auf politischer Ebene und von Unternehmensseite erteilt werden.

Dieser Befund war der Impuls für die Konferenz „Warum noch Frauen* fördern?“, die im November 2019 gemeinsam von Geschlechterforscher*innen der Wirtschaftsuniversität Wien und der Forschungsplattform Gender & Diversität am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien organisiert wurde. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand ein Diskurs über die Anforderungen an eine Gleichstellungspolitik in Zeiten entpolitisierender und antifeministischer Tendenzen statt. Die Beiträge im vorliegenden Band bilden diesen Diskurs ab und zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven auf, wie Gleichstellung und Frauenförderung neu verhandelt werden könnten.

Diese Überlegungen erhalten angesichts der COVID-19-Pandemie zusätzliches Gewicht. Die damit verbundenen Konsequenzen zeigen, wie fragil gleichstellungspolitische Erfolge waren und sind. Gleichzeitig verdeutlicht sich der nach

wie vor bestehende Bedarf an Gleichstellungsmaßnahmen und auch die Notwendigkeit, Gleichstellungspolitik neu auszurichten. Wir gehen davon aus, dass es gerade bei der Bekämpfung der Folgen der Pandemie notwendig sein wird, eine Gleichstellungsperspektive einzubringen, um den wieder aufbrechenden oder neu entstehenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Ungleichheiten entgegenwirken zu können.

Auch wenn die meisten der Beiträge im vorliegenden Band in einem österreichischen oder europäischen Kontext entstanden, zeigen sie doch Tendenzen auf, die auch in anderen europäischen Ländern und im angloamerikanischen Raum anzutreffen sind. Sie bereichern damit den gleichstellungspolitischen Diskurs, die theoretische Diskussion und die Konzeption von Gleichstellungspolitik nicht nur in Österreich, sondern auch darüber hinaus. Wir denken, dass die Fortführung der Diskussion an der Schnittstelle zwischen Politik, Theorie und Praxis gerade jetzt notwendig und wichtig ist und wir freuen uns auf diesen Diskurs!

Unser Dank gilt allen Kolleg*innen, die sich im November 2019 an der Organisation der Konferenz und den Diskussionen beteiligt haben. Weiters bedanken wir uns bei Christina Meyer und Sofia Fey für das sorgfältige Korrekturlesen und die Formatierung der Beiträge.

Angela Wroblewski
Angelika Schmidt

Inhaltsverzeichnis

Anforderungen an eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik an der Schnittstelle zwischen Politik, Theorie und Praxis	1
Johanna Hofbauer und Angela Wroblewski	
Teil I Status Quo und Überlegungen für eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik	
Erodierung gleichstellungspolitischer Errungenschaften für Frauen im österreichischen Kontext	19
Regine Bendl, Maria Clar und Angelika Schmidt	
Reflexive Gleichstellungspolitik zur Auflösung des Gleichstellungsparadox	43
Angela Wroblewski	
Integrierte Koproduktion von Geschlechter- und Gleichstellungswissen im europäischen Forschungskontext	59
Jennifer Dahmen-Adkins, Sandra Karner und Anita Thaler	
Teil II Neue Perspektiven auf etablierte Themen in der Gleichstellungspolitik	
„Unangenehm ist normaler Alltag“ – Quote und Macht in universitären Gremien am Beispiel von Technischen Fakultäten in Österreich	77
Bettina Enzenhofer, Elisabeth Anna Guenther und Brigitte Ratzer	

Der Dual Career Mythos – Schlussfolgerungen aus empirischen Forschungen zu Väterkarenz und Elternteilzeitarbeit	93
Gerlinde Mauerer	
Inter*inklusiv – höchste Zeit für einen gesellschaftlichen Wandel	111
Luan Pertl und Victoria Englmaier	
Geschlechtervielfalt in universitärer Gleichstellungspolitik	125
Victoria Englmaier	
Abwege des Wandels – Feministisch-zivilgesellschaftliche Politiken heute und morgen	143
Magdalena Baran-Szołtys und Christian Berger	
Feministische Diskurse: Potenziale für geschlechtergerechte Transformationen an Universitäten	159
Ingrid Schacherl	
Teil III Instrumente zur Unterstützung einer reflexiven Gleichstellungspolitik	
Gender institutionalised? Implementierung von Gleichstellungs- und Gendermaßnahmen in Forschungstechnologie-Organisationen	177
Magdalena Wicher und Elisabeth Frankus	
Gesamtevaluierung der Frauenförderungsprogramme der Universität für Weiterbildung Krems – Chancen, Herausforderungen und Risiken	195
Michaela Gindl, Bettina Stadler und Doris Czepa	
Gleichstellung als Kategorie bei Prüfungen durch Oberste Rechnungskontrollbehörden und in der Korruptionsprävention	213
Tina Fadler	
Den Konflikt verstehen – Gleichstellungsarbeit im Spannungsfeld von politischem Begehren und institutionellem Widerstand	231
Lisa Appiano	
Wissenschaftskarriere als privates Risiko? Zur Berücksichtigung weiblicher Lebensrealitäten in der Frauenförderung	245
Meike Lauggas	

Das weibliche akademische Subjekt? Re-Konstruktionen zu Biographien von Wissenschaftlerinnen*	259
Jacqueline Hackl	
 Teil IV Bislang kaum beachtete Themen in der Gleichstellungspolitik	
Frauen fördern im Niedriglohnbereich – Befunde und Überlegungen aus der Reinigungsbranche	279
Karin Sardadvar	
Geschlechterspezifische Aspekte im Kontext der Einkünfte von Ärzt*innen in Österreich	295
Monika Riedel und Miriam Reiss	
Geschlechtsuntypische Ausbildungen als Berufschance oder Drehtür zurück zu geschlechtstypischen Berufen	317
Andrea Leitner und Margareta Kreimer	
Film.Frauen.Förderung – eine österreichische Erfolgsgeschichte?	339
Sabrina Gärtner	
Frauen als Adressatinnen Ländlicher Entwicklungsprogramme im Spannungsfeld zwischen feministischem Anspruch und realer Förderpraxis	355
Theresia Oedl-Wieser	
Nachklang und Ausblick	375
Angelika Schmidt und Angela Wroblewski	
Glossar	379

Herausgeber*innen- und Autor*innenverzeichnis

Über die Herausgeber*innen

Angela Wroblewski ist Senior Researcher am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Gender Studies in der Hochschulforschung. Sie koordinierte das H2020 Projekt „TARGET – TAKing a Reflexive approach to Gender Equality for institutional Transformation“ und hat langjährige Erfahrung mit Evaluationen von Gleichstellungspolitiken in Wissenschaft und Forschung. wroblewski@ihs.ac.at

Angelika Schmidt ist außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut Change Management und Management Development der WU Wien. Weiters ist sie Modulverantwortliche für das Kompetenzfeld „Change, Creativity and Innovation“ des Masterprogramms Management. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Schnittstellen in Organisationen, Kommunikation und Diskurs in Organisationen, Partizipation und kollektives Handeln und Neue Beschäftigungsformen und deren Konsequenzen auf das Geschehen in Organisationen. angelika.schmidt@wu.ac.at

Autorenverzeichnis

Lisa Appiano Universität Wien, Wien, Österreich

Magdalena Baran-Szołtys Universität Wien, Wien, Österreich

Regine Bendl Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Christian Berger Arbeiterkammer Wien, Wien, Österreich

Maria Clar Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Doris Czepa Donau-Universität Krems, Krems, Österreich

Jennifer Dahmen-Adkins RWTH Aachen University, Aachen, Deutschland

Victoria Englmaier Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Bettina Enzenhofer TU Wien, Wien, Österreich

Tina Fadler Rechnungshof Österreich, Wien, Österreich

Elisabeth Frankus Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Michaela Gindl Donau-Universität Krems, Krems, Österreich

Elisabeth Anna Guenther Universität Wien, Wien, Österreich

Sabrina Gärtner Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Klagenfurt, Österreich

Jacqueline Hackl Universität Wien, Wien, Österreich

Johanna Hofbauer Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Sandra Karner IFZ, Graz, Österreich

Margareta Kreimer Universität Graz, Graz, Österreich

Meike Lauggas Universität Wien, Wien, Österreich

Andrea Leitner Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Gerlinde Maurer Universität Wien, Wien, Österreich

Theresia Oedl-Wieser Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, Wien, Österreich

Luan Pertl OII Europe, Berlin, Deutschland

Brigitte Ratzer TU Wien, Wien, Österreich

Miriam Reiss Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Monika Riedel Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Karin Sardadvar Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Ingrid Schacherl Akademie der bildenden Künste Wien, Wien, Österreich

Angelika Schmidt Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Bettina Stadler Donau-Universität Krems, Krems, Österreich

Anita Thaler IFZ, Graz, Österreich

Magdalena Wicher Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

Angela Wroblewski Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich



Anforderungen an eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik an der Schnittstelle zwischen Politik, Theorie und Praxis

Johanna Hofbauer und Angela Wroblewski

1 Einleitung

Die Situation von Frauen hat sich in den letzten Jahren in vielen Bereichen deutlich verbessert, was auch als Erfolg frauen- und gleichstellungspolitischer Maßnahmen gesehen werden kann. Es wird daher immer wieder der Bedarf an Frauenförderung in Frage gestellt, da Geschlechterungleichheiten zunehmend abgebaut scheinen und Frauen alle Möglichkeiten offen stünden. Diese Argumentation übersieht zweierlei: Zum einen entstehen im Sog dieser Erfolge neue Ungleichheiten, die oft erst auf den zweiten Blick erkennbar sind. So ist beispielsweise die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich gestiegen. Allerdings handelt es sich u. a. in Österreich und Deutschland aufgrund der hohen Teilzeitquote von Frauen um eine partielle Integration mit gravierenden Nachteilen im Hinblick auf Existenzsicherung jetzt und im Alter. Im Bereich der Bildungsbeteiligung wird sogar schon davon gesprochen, dass Buben benachteiligt seien, da Mädchen bessere schulische Erfolge vorweisen können. Aber Frauen können ihre Bildungserfolge am Arbeitsmarkt deutlich schlechter verwerten als Männer. Zum anderen besteht in bestimmten Bereichen unverändert Bedarf an Frauenförderung, da sich an den grundlegenden Geschlechterunterschieden kaum etwas verändert hat. Dies

J. Hofbauer (✉)

Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

E-Mail: johanna.hofbauer@wu.ac.at

A. Wroblewski

Institut für Höhere Studien, Wien, Österreich

E-Mail: wroblewski@ihs.ac.at

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien

Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

A. Wroblewski und A. Schmidt (Hrsg.), *Gleichstellungspolitiken revisted*,

https://doi.org/10.1007/978-3-658-35846-4_1

gilt beispielsweise für die weiterhin bestehende Unterrepräsentanz von Frauen in den sogenannten MINT-Bereichen oder in Führungspositionen.

Wir gehen daher davon aus, dass es nach wie vor Bedarf an frauen- und gleichstellungsfördernden Maßnahmen gibt, dass die an sie gerichteten Anforderungen nunmehr deutlich anspruchsvoller sind. Dies ist einerseits eine Konsequenz der zum Teil subtiler gewordenen Benachteiligungen, die es durch Maßnahmen zu adressieren gilt. Zum anderen muss der Wahrnehmung, dass es keinen Bedarf an derartigen Maßnahmen gibt, explizit begegnet werden. Dies beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit jenen Bewegungen, die Gender- oder Gleichstellungspolitiken generell eine Absage erteilen (Antigenderismus, siehe z. B. Hark und Villa 2015; Kuhar und Paternotte 2017).

Wir gehen weiters davon aus, dass Frauenförderung oder Gleichstellungspolitik, die diesen Herausforderungen erfolgreich trotz, bestimmte Charakteristika aufweisen muss. Dazu zählen: (1) eine evidenzbasierte und prozessorientierte Politikgestaltung, die (2) partizipativ ausgerichtet ist und unterschiedliche Wissensformen gleichberechtigt einbezieht und die (3) feministische Debatten und Methodendiskussion aufgreift. Erfolgreiche Frauenförderung oder Gleichstellungspolitik ist damit an der Schnittstelle zwischen Politik, Theorie und Praxis angesiedelt und muss diese Schnittstelle auch gezielt ausgestalten. Die Notwendigkeit der Ausgestaltung dieser Schnittstelle ist an sich nicht neu, aber im Kontext der Frauenförderung oder Gleichstellungspolitik aktuell mit neuen Herausforderungen gekoppelt.

2 Evidenz- und prozessorientierte Gleichstellungspolitik

Im Idealfall folgt die Entwicklung und Umsetzung von Gleichstellungspolitik einem vollständigen Politikzyklus (vgl. Abb. 1), wie ihn May und Wildavsky (1978) formuliert und Bergmann und Pimminger (2004) für Gleichstellung in Form der Gender Mainstreaming Spirale adaptiert haben. Dieser Zugang kann auf Ebene europäischer oder nationaler Gleichstellungspolitiken ebenso angewendet werden wie auf institutioneller Ebene oder für konkrete Maßnahmen.

In diesem Ideal basiert Gleichstellungspolitik auf einer empirischen Analyse des zugrunde liegenden Gleichstellungsproblems, das adressiert werden soll. Damit ist nicht nur das Feststellen von Geschlechterunterschieden gemeint, sondern auch die Analyse der diese hervorbringenden Mechanismen und der relevanten Kontextfaktoren. Auf Basis dieser Analyse werden konkrete Ziele und Zielgruppen für Maßnahmen identifiziert. In einem weiteren Schritt werden

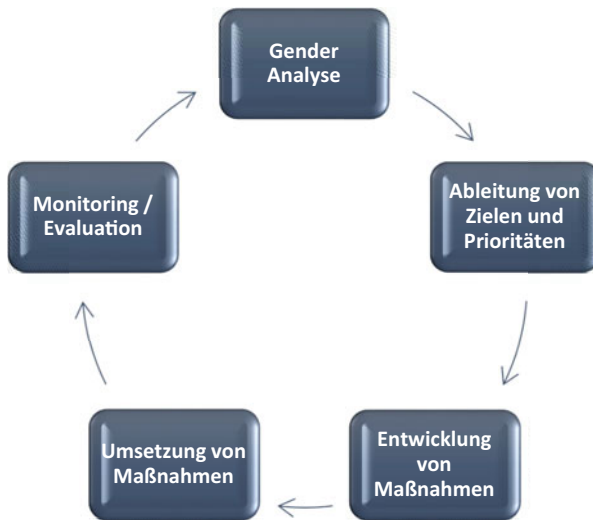


Abb. 1 Vollständiger Politikzyklus für gleichstellungspolitische Maßnahmen. (In Anlehnung an May und Wildavsky 1978)

entsprechende Maßnahmen entwickelt. Im Zuge der Konzeption von Maßnahmen sollte die jeweilige Programmtheorie ausformuliert werden, d. h. es werden die Annahmen, warum eine Maßnahme die angestrebte Wirkung entfalten soll, expliziert. Ein zentrales Element der Programmtheorie ist auch, dass ausreichend Ressourcen für die Implementierung der Maßnahme bereitgestellt werden. Die Umsetzung der Maßnahmen und ihre Ergebnisse werden einem laufenden Monitoring unterzogen und in bestimmten Abständen evaluiert.

Die einzelnen Elemente dieses Kreislaufs der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen verkörpern jeweils Schnittstellen zwischen Theorie, Politik und Praxis. So erfordert die Analyse des Gleichstellungsproblems eine Kooperation von Wissenschaftler*innen und Personen, die in die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen sind (Leitner 2017). Die Festlegung der Ziele und Zielgruppen erfordert darüber hinaus die Einbeziehung von politischen Entscheidungsträger*innen (Lombardo et al. 2009). In die Ausformulierung der Programmtheorie sind wiederum Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen involviert. Monitoring und Evaluation sind klassische Kooperationsfelder von

Forschenden und Umsetzenden, wie beispielsweise im Falle einer partizipativen oder responsiven Evaluation (z. B. Guba und Lincoln 1989; Patton 1997; Podems 2017) und wenn ein feministischer Evaluationsansatz zugrunde gelegt wird (Seigart und Brisolara 2002; Brisolara et al. 2014).

3 Partizipation auf Augenhöhe

Gleichstellungspolitik erfordert damit die Kooperation von unterschiedlichen Akteursgruppen – konkret von politischen Entscheidungsträger*innen, Praktiker*innen, Theoretiker*innen und Betroffenen. Yvonne Benschop und Marieke van den Brink (2018) betonen die Bedeutung der Kooperation unterschiedlicher Akteursgruppen und deren Expertisen für institutionelle Gleichstellungsstrategien. Für die Entwicklung und Umsetzung von Gleichstellungspolitik ist es notwendig, deren jeweilige Perspektiven auf Gleichstellung einzubeziehen. Dazu zählen die Perspektiven des Managements, der Personen, die Gleichstellung in der Institution vorantreiben (Change Agents), von Wissenschaftler*innen und Berater*innen. Die Entwicklung und Umsetzung von institutioneller Gleichstellungspolitik erfordern ein Lernen voneinander und die Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive. Wie die Perspektiven der Wissenschaft und der Praxis (Beratung) einander ergänzen können beschreiben Benschop und van den Brink wie folgt: „Multiple perspectives are needed to grasp the complexity of change both theoretically and practically. For feminist academics, this means a more pronounced engagement with practical change agendas as well as with theoretical contributions. The work of feminist consultants would benefit from a more realistic perspective on nonlinear, messy and complex change processes. Commitment to feminist principles may help to bridge the two perspectives, since they share the quest for the Holy Grail of gender equality.” (Benschop und van den Brink 2018, S. 205).

Das gemeinsame Ziel, Gleichstellung voranzubringen, bildet die Grundlage, auf der gemeinsames Lernen und Kooperation stattfinden können. Gemeinsames Lernen beinhaltet einerseits eine Reflexion auf individueller Ebene, beispielsweise von eigenen Verhaltensweisen, Zugängen und Positionen, andererseits aber auch die Auseinandersetzung mit strukturellen Rahmenbedingungen. Dies sollte für alle Positionen gleichermaßen gelten und damit eine Begegnung der unterschiedlichen Akteur*innen auf Augenhöhe ermöglichen.

Der Begegnung auf Augenhöhe stehen unterschiedliche Anerkennungslogiken in den jeweiligen Feldern entgegen. Bourdieu folgend sind die unterschiedlichen Wissensformen im sozialen Raum jeweils anders positioniert. Nach Bourdieu sind

soziale Felder „das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, sich durchkreuzender, sich überlagernder, gegenseitig beeinflussender Strömungen des Denkens und Handelns einer Vielzahl sozialer Akteure“ (Krais 2003, S. 48). Die Verortung der Akteur*innen im sozialen Raum und deren Beziehungen, Abhängigkeiten und personellen Verflechtungen sind mit unterschiedlichen Machtfeldern und damit zusammenhängenden Hierarchisierungen gekoppelt, wie eben jene zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik. Daher begründen beispielsweise Zimmermann et al. (2004), dass es für hoch angesehene Wissenschaftlerinnen nur bedingt attraktiv ist, als Expertin in ein politisches Amt zu wechseln.

In den Sozialwissenschaften hat die Reflexion des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik eine lange Tradition (für einen Überblick siehe Bogner und Torgersen 2005). Dabei standen zunächst Fragen der Determination und Dominanz im Vordergrund, wobei der Expert*innenmeinung eine dominierende Position zugesprochen wurde. Mit dem Aufkommen der Wissenschafts- und Technikforschung wurden die Geltungsansprüche der Expert*innenrationalität in Frage gestellt und Wissenschaft als soziale Aktivität dekonstruiert (z. B. Knorr-Cetina 1984). Im Bereich der Technikfolgenabschätzung wurden bereits in den 1990er Jahren partizipative Verfahren der Wissensgenerierung etabliert und so ein Demokratisierungsprozess von Expertise eingeleitet. Dies wurde nach der Jahrtausendwende in der Wissenschafts- und Forschungspolitik im Kontext der Diskussion um Responsible Research and Innovation (RRI) weiter vorangetrieben.

4 Einbettung in einen feministischen Diskurs

Die Einbettung von Gleichstellungspolitik in einen feministischen Diskurs wirft zunächst wieder die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik auf. Hier geht es aber nicht nur um den Aspekt der Hierarchie zwischen Expert*innenwissen und dem wissenschaftlichen Wissen. Grundlegender noch begegnen wir dem Problem der Unterschiede im Wissen selbst. Wetterer (2009) führte aus, dass das Wissen feministischer Theoretiker*innen sich von jenem der Gender-Expert*innen unterscheidet. Die Theoretiker*innen müssen sich im wissenschaftlichen Feld behaupten und legitimieren. Sie haben das im Laufe der Geschichte feministischer Theoriebildung getan, indem sie konsequent und letztlich auch radikal die Vorstellungen infrage stellten, die sich Menschen im Alltag von Geschlecht machen. Die Grundlage feministischer Theoriebildung ist heute eine konstruktivistische Konzeption von Geschlecht, womit sowohl die Naturgrundlage von Geschlecht als auch die Norm der Zweigeschlechtlichkeit

zurückgewiesen wird. Feministische Kritik setzt bei patriarchal-heteronormativen Strukturen an und bezieht postkoloniale wie queere Ansätze ein. Sauer (2015, S. 39) bezeichnet radikale Auseinandersetzungen und Positionierungen gegenüber Dominanzkulturen als notwendige „Grenzhaltungen“ feministischer Politik.

Während theoretisches Wissen radikal sein kann, weil es handlungsentlastet ist, muss sich Expert*innen-Wissen relevant für einen institutionellen Verwendungszusammenhang erweisen, denn hier bestehen konkrete Handlungszwänge. Gleichstellungsakteur*innen erlangen „Expert*innen“-Status in einer Institution, indem sie glaubhaft machen, dass ihr Wissen zur Lösung von Problemen beiträgt. Dazu müssen sich die Expert*innen die Problemdefinitionen und Zielvorgaben „ihrer“ Institution zu eigen machen. Diese Definitionen folgen nun aber dem Alltagswissen von Geschlecht, damit beruhen sie auf der Annahme, dass es zwei Geschlechter gibt und dass die Geschlechter gewissermaßen „naturgemäß“ verschieden sind.

Feministische Theoretiker*innen verstehen sich als kritische Sozialwissenschaftler*innen. Sie sehen es als ihre Aufgabe, die Herrschaftsverhältnisse infrage zu stellen, indem sie die Konstruiertheit und gesellschaftliche Willkür einer binären Geschlechterkonstruktion thematisieren. Folglich begegnen sie einer Politik mit Skepsis, die sich auf traditionelle Geschlechterbilder bezieht. Gender-Expert*innen, auf der anderen Seite, sind darauf angewiesen, sich ihrem Gegenüber verständlich zu machen – einem Gegenüber, das die Kategorien und Vorstellungen des akademischen Feminismus nicht notwendigerweise teilt.

Während Wetterer (2009) erklärt, warum es unter diesen Umständen schwierig ist, in einen Dialog zu treten, besteht doch kein Zweifel daran, dass der Austausch zwischen beiden Seiten und die gemeinsame Auseinandersetzung notwendig ist. Das zeigen nicht zuletzt die Entwicklungen in Richtung Anti-Genderismus und Post-Feminismus. Solche Anfeindungen können die Expert*innen in den Institutionen und die Theoretiker*innen nur gemeinsam begegnen. Die Wissenschaft untersucht diese Diskurse und beleuchtet die Rahmenbedingungen, unter denen sie sich entwickeln. Die Expert*innen setzen sich mit Akteur*innen auseinander, die von solchen Diskursen affiziert sein können. Gender-Expert*innen können sich auf feministische Diskurse beziehen, um die Prämissen ideologischer Positionen zu benennen und ihnen die Werte emanzipatorischer Gleichstellungspolitik entgegen zu halten.

Strukturelle Ungleichheit bekämpfen heißt, dass sich die Spielregeln von Institutionen verändern müssen. Das kann in vielen Schritten, auf verschiedenen Wegen passieren. Feministische Akteur*innen müssen sich in je unterschiedlichen Positionen Anerkennung und Akzeptanz erkämpfen und von verschiedenen Positionen ausgehend die Änderung der Spielregeln betreiben. Damit begeben

sie sich in prekäre Positionen. Hark (2005) spricht von „dissidenter Partizipation“, einer Veränderung der Institutionen von innen, die Teilhabe voraussetzt. Vereinfachend kann man es wie folgt verstehen: Feministische Theorie ist auf die Gender-Expertise angewiesen, auf die Erfahrungen und Erkenntnisse, die allein aus der Teilhabe an institutionellen Prozessen gewonnen werden können. Gleichstellungspolitik braucht, um die Seite des Dissenses und das große Ganze widerständiger feministischer Politik im Auge zu behalten, die Visionen einer gerechten Gesellschaft, wie sie in der feministischen Wissenschaft entwickelt werden.

5 Schlussfolgerungen zur Ausgestaltung der Schnittstelle

Es liegt demnach nicht am Unwillen oder an der mangelnden Dialog-Bereitschaft der handelnden Personen, wenn der Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft ins Stocken gerät und es an der Schnittstelle immer wieder kräftig knirscht. Vielmehr sind es die strukturellen Unterschiede der Erzeugungs-, Verwertungs- und Validierungsbedingungen von Wissen, die eine einfache Übersetzung der Praxis-Probleme in den Theorie-Diskurs oder umgekehrt verunmöglichen. Der akademische Feminismus kann gedanklich viel mehr wagen, provozieren, herausfordern, weit in die Zukunft denken. Die Gleichstellungspolitik ist hingegen an die Handlungsspielräume gebunden, die ihr die Praxis „hier und jetzt“ bietet. Wenn also der Eindruck entsteht, dass der feministische Diskurs vorseilt und die feministische Praxis nicht mithält, dann ist das Bild richtig und falsch zugleich. Richtig ist, dass der Diskurs die Grenzen verschieben kann und in diesem Sinne kognitiv vorseilen kann. So ist beispielsweise die Abkehr von einem dichotomen Geschlechterverständnis im wissenschaftlichen Diskurs längst vollzogen, während die Gleichstellungspolitik weiterhin auf Frauen und Männer fokussiert. Es wäre nun aber grundlegend falsch anzunehmen, dass die Praxis deswegen weniger „auf der Höhe der Zeit“ ist. Denn die Praxis kann nicht mit „allen möglichen“ Kategorien operieren, die der Diskurs hervorbringt. Es besteht also zwar eine Ungleichzeitigkeit im Verhältnis von Diskurs und Praxis, aber das heißt nicht, dass sie in einem hierarchischen Verhältnis zueinanderstehen.

Wenn man anerkennt, dass an die Gleichstellungspolitik grundlegend andere Anforderungen bestehen wie an die feministische Theoriearbeit, besteht eine wichtige Voraussetzung für einen wechselseitig wertschätzenden Umgang. Keine Seite will von der anderen belehrt werden (Wetterer 2009). Das muss auch nicht sein. Was es braucht, ist ein grundlegendes Interesse aneinander, eine Neugierde

auf das was andere zu sagen haben. Wichtig ist die Offenheit für den Austausch, die auf dem grundlegenden Zugeständnis an das Gegenüber beruht, über ein ebenso komplexes und relevantes Wissen zu verfügen wie das eigene.

Für einen solchen Austausch, der unterschiedliche Positionen einbezieht und partizipativ angelegt ist, braucht es geeignete Formate und Rahmenbedingungen. Hier geht es zum einen darum, einen übergreifenden Diskurs zu entwickeln, der unterschiedliche Positionen aufgreift bzw. zulässt. Zum anderen geht es um die Möglichkeit für eine partizipative Konzeption gleichstellungspolitischer Maßnahmen und deren Reflexion. Auf der Ebene der Entwicklung und Umsetzung von konkreten Politiken ermöglicht eine diskursive Auseinandersetzung in den unterschiedlichen Politikzyklen die Formulierung von theoretisch fundierten und evidenzbasierten gleichstellungspolitischen Zielsetzungen, aber auch die laufende Reflexion der Umsetzung von Politiken und deren Adaptierung, wenn sich gesellschaftliche Problemlagen ändern oder neue entstehen. Dadurch wird der prozesshafte Charakter von Gleichstellungspolitik unterstrichen und noch einmal deutlich, dass Gleichstellungspolitik an einer zentralen Stelle operiert. Der gesellschaftliche Wandel, ökonomische, politische oder sonstige Krisen haben Implikationen für Geschlechterverhältnisse, welche die Gleichstellungspolitik identifizieren, reflektieren und gegebenenfalls aufgreifen sollte.

Partizipation und Reflexion sollten jedoch nicht nur Bestandteile konkreter Gleichstellungspolitiken sein, sondern auch konstituierende Elemente für die Entwicklung eines übergeordneten gleichstellungspolitischen Diskurses. Dabei geht es nicht darum, eine dominante Stimme in diesem Diskurs zu identifizieren, die richtungsweisend für Gleichstellungspolitiken wird. Es geht vielmehr darum, eine Vielfalt an Stimmen zuzulassen und diese Vielfalt wie auch deren Kontroverse als Bereicherung wahrzunehmen.

Kontroverse und Vielstimmigkeit schaden der Auseinandersetzung nicht, sondern halten sie lebendig. Allerdings ist es wichtig, über das Trennende hinaus das Verbindende im Auge zu behalten. In Zeiten neoliberaler Regierungsformen ist es schwieriger geworden, politische Inhalte zu verhandeln. Gleichstellungspolitik ist erfolgreich in Institutionen angekommen, sie ist damit allerdings auch in der neoliberalen Regierungslogik gefangen. Will man an den Fundamenten der Herrschaft sägen, braucht man mehr als die derzeit verfügbaren Mittel und Räume. Hier bedarf es einer Vorstellungskraft, die aus weiterreichenden Bildern entsteht. Feministische Visionen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung können solche Bilder hervorbringen. Die Entwicklung von Visionen ist jedoch mit neoliberalen Steuerungslogiken nicht kompatibel, was auch die fehlenden Räume für eine feministische gleichstellungspolitische Auseinandersetzung erklärt. Visionen

sind nicht nur wichtig, um Praxis und Politik auf ein größeres Ziel auszurichten, sondern auch für die gesamte feministische „Szene“. Gerade weil wir uns gegenwärtig mit den erschreckenden Zumutungen und Überschreitungen rechter Politik herumschlagen und alltäglich mit Backlash-Phänomenen konfrontiert sind, ist es wichtig, dass wir positive und stärkende feministische Visionen teilen und weiterentwickeln. Die Bereitstellung der Räume für eine solche offene, sicher konfrontative aber auch wertschätzende Auseinandersetzung sollte zentraler Bestandteil von Gleichstellungspolitik sein. Emanzipatorische Politik braucht heute die Anstrengung aller feministischen Kräfte. Und um dafür täglich die notwendige Kraft aufbringen zu können, müssen alle diese feministischen bewegten Menschen Visionär*innen sein.

6 Die Beiträge in diesem Band

Die Beiträge in diesem Band greifen einzelne der genannten Aspekte auf und illustrieren die Notwendigkeit für und das Potential einer reflexiven Gleichstellungspolitik. Dabei geht es weniger darum, erprobte Good-Practice-Beispiele darzustellen, sondern den Weg dahin und erste Erfolge aufzuzeigen. Der Rahmen für die Diskussionen in diesem Band wird in Teil 1 „Status Quo und Überlegungen für eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik“ aufgespannt. Zunächst analysieren Regine Bendl, Maria Clar und Angelika Schmidt die Entwicklung der Geschlechterpolitik während der Regierung Kurz I (2017–2019). Sie beziehen sich dabei auf die theoretisch-konzeptionellen Diskussionen zu ‚Antifeminismus‘, ‚Backlash‘, ‚Antigenderismus‘ und ‚Postfeminismus‘, um einerseits die Schwächung eines etablierten Gleichstellungsdiskurses nachzuzeichnen und andererseits den Diskurs um Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Handlungsmacht einbetten zu können. Die Analyse basiert auf einem Action Research Projekt, das eine gemeinsame Reflexion der Forscherinnen mit gleichstellungspolitischen Akteur*innen ermöglichte. Die Ergebnisse zeigen den Bedarf an neuen feministischen Strategien, um gleichstellungspolitischen Rückschritten zu begegnen.

Angela Wroblewski beschreibt die Anforderungen an eine reflexive Gleichstellungspolitik und das damit verbundene Potential für einen Kulturwandel in Wissenschaft und Forschung. Sie identifiziert Reflexivität und Genderkompetenz als zentrale Elemente wirkmächtiger Gleichstellungspolitik und argumentiert, dass bei der Konzeption und Umsetzung von Gleichstellungspolitik zum einen der Aufbau von Genderkompetenz unter den betroffenen Akteur*innen forciert und zum anderen konkrete Reflexionsräume geschaffen werden müssen. Gelungene

Reflexion erfordert auch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur*innen – wie z. B. Leitungspersonen, Genderexpert*innen und Fachexpert*innen.

Ein solches Zusammenwirken ist häufig von Übersetzungsschwierigkeiten geprägt. Im Zentrum des Beitrags von Anita Thaler, Jennifer Dahmen-Adkins und Sandra Karner stehen daher die Anforderungen an bzw. die Möglichkeiten der Koproduktion von Geschlechter- und Gleichstellungswissen. Dafür greifen sie auf Erfahrungen aus Gleichstellungsprojekten zurück, in denen unterschiedliche Akteur*innen gemeinsam Gleichstellungspolitiken entwickeln und umsetzen und dabei die Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis überwinden.

In Teil 2 des Bandes werden neue Perspektiven auf etablierte Themen in der Gleichstellungspolitik eröffnet. Dazu zählen die Auseinandersetzung mit etablierten Instrumenten wie Quotenregelungen, die Forderung einer höheren Männerbeteiligung an unbezahlter Arbeit sowie die Fragen wie Geschlechtervielfalt im Rahmen von Gleichstellungspolitik adressiert oder feministische Perspektiven eingebracht werden sollen.

Ein ambivalent diskutiertes Instrument der Gleichstellungspolitik stellen Quoten dar, mit denen zumeist große Hoffnungen auf rasche Veränderungen verbunden werden. Bettina Enzenhofer, Elisabeth Anna Guenther und Brigitte Ratzer diskutieren anhand der Implementierung einer Quotenregelung für Entscheidungsgremien an einer Technischen Universität deren Beitrag zur Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien und zur Veränderung von Entscheidungsprozessen. Sie zeigen, dass die Quote je nach Karrierestufe und Reputation des Gremiums unterschiedlich wirkt. Es wird deutlich, dass es neben der Quote einen Kulturwandel braucht, um gleiche Chancen für Frauen und Männer herzustellen.

Seit langem herrscht im Gleichstellungsdiskurs Einigkeit darüber, dass die Umverteilung unbezahlter Arbeit Voraussetzung für das Erreichen von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ist. Gerlinde Mauerer analysiert vor diesem Hintergrund die Beteiligung von Vätern an Karenz und Elternteilzeit sowie die für deren Karrieren damit verbundenen Konsequenzen. Sie zeigt auf Basis von Interviews mit Männern in Karenz die Herausforderungen, die mit dem Engagement in Betreuungsarbeit verbunden sind. Es wird damit auch deutlich, dass Vereinbarkeitspolitiken idealerweise in ein Bündel von familien-, geschlechter- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingebettet sind, um nachhaltig die Arbeitsmarktchancen von Personen mit Betreuungspflichten zu erhöhen. Eine effektive Politik der Frauenförderung beinhaltet daher auch die Förderung der Väterkarenz.

Eine aktuelle Herausforderung für Gleichstellungspolitik ist es, die Vielfalt der Geschlechter adäquat aufzugreifen und sich in der konkreten Konzeption und Umsetzung von Gleichstellungspolitiken von einem dichotomen Verständnis

von Geschlecht zu lösen. In einem Gespräch zwischen Luan Pertl und Victoria Englmaier werden Aspekte der Intergeschlechtlichkeit thematisiert, die für Praktiker*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen gleichermaßen relevant sind. Zentrale Aspekte sind die Verwendung einer geschlechterneutralen bzw. geschlechterreflektierten Sprache, die Forderungen von Aktivist*innen Intergeschlechtlichkeit nicht zu pathologisieren und nicht konsensuelle Behandlungen zu unterlassen. Luan Pertl betont auch die Rolle des Bildungssystems für einen gesellschaftlichen Wandel, konkret müsste Bildung die Vielfalt an Geschlechtern abbilden.

Victoria Englmaier setzt an diesem Punkt an und geht in ihrem Beitrag der Frage nach, ob bzw. wie sich Universitäten mit der Diskriminierung von trans*-, inter*- und nicht-binären Personen auseinandersetzen. Die Analyse strategischer Dokumente der Universitäten zeigt, dass sich zwar die meisten Universitäten gegen jede Form von Diskriminierung gegenüber trans*, inter* und nicht-binären Personen aussprechen, aber nur einige wenige konkrete Politiken formuliert oder Maßnahmen implementiert haben.

Der Anspruch Gleichstellungspolitik in einem partizipativen Prozess unter Einbindung feministischer Perspektiven zu konzipieren und umzusetzen, wirft die Frage auf, wer wie diese Perspektiven einbringen kann. Magdalena Baran-Szoltys und Christian Berger behandeln in ihrem Beitrag die Rolle des feministischen Aktivismus für die Gestaltung von Gleichstellungspolitik anhand des Beispiels des Frauen*Volksbegehrens. Sie zeigen das Potential eines feministischen Aktivismus auf Missstände hinzuweisen und Kritik zu üben – insbesondere in einem Zusammenwirken mit politischem und akademischem Feminismus. Gleichzeitig beschreiben sie die hohen Anforderungen an feministische Aktivist*innen, die nicht nur laufend ihre eigene Position und Rolle reflektieren sondern auch Bündnispartner*innen finden und lobbyieren müssen.

Ingrid Schacherl beschreibt in ihrem Beitrag die Bedeutung der feministischen Geschlechterforschung für den gleichstellungspolitischen Diskurs an einer Universität. Anhand des Beispiels der Akademie der bildenden Künste in Wien zeigt sie, wie durch das Zusammenspiel institutioneller Gleichstellungspolitiken und kritischer Forschung ein gleichstellungspolitischer Diskurs entstehen kann.

Im Zentrum von Teil 3 stehen Instrumente, die eine Gleichstellungspolitik unterstützen bzw. zu deren Weiterentwicklung beitragen können. Wichtige Elemente einer reflexiven Gleichstellungspolitik sind Monitoring und Evaluation. Im vorliegenden Band sind drei Perspektiven der Überprüfung von Gleichstellungspolitiken vertreten. Magdalena Wicher und Elisabeth Frankus diskutieren aus der Perspektive der externen Evaluation deren Potential zur Unterstützung reflexiver Prozesse und zeigen auch die damit verbundenen Herausforderungen

und Grenzen auf. Michaela Gindl, Bettina Stadler und Doris Czepa beschreiben den möglichen Beitrag der Evaluation für die Weiterentwicklung von Gleichstellungspolitiken aus der Perspektive des Evaluationsgegenstandes, konkret der Donau-Universität Krems.

Ein dritte Perspektive nimmt Tina Fadler ein, die in ihrem Beitrag beschreibt, wie im Rahmen der Prüftätigkeit des Österreichischen Rechnungshofes Gleichstellungsziele aufgegriffen werden und welche Instrumente hierfür zur Verfügung stehen. Dabei geht es zum einen um die Einbeziehung von Frauen als Prüferinnen, was auch im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung relevant erscheint. Zum anderen geht es um die inhaltliche Dimension, konkret die Berücksichtigung von Gleichstellungszielen im Sinne eines Gender Mainstreamings im Rahmen der Prüftätigkeit. Diese stellt hohe Anforderungen an die Genderkompetenz der Prüfer*innen, insbesondere in jenen Bereichen, die als geschlechterneutral wahrgenommen werden.

Lisa Appiano setzt sich in ihrem Beitrag mit der begrenzten Wirkmächtigkeit von universitären Gleichstellungsdokumenten auseinander. Sie orientiert sich dabei an einem psychoanalytischen Analysemodell und versteht das universitäre Feld als Szene, die auf unterschiedlichen Bühnen mit je eigenen Handlungsmotiven spielt. Das Phänomen, dass Universitäten zwar Dokumente der Gleichstellung produzieren, die darin deklarierten Werte jedoch nicht leben, wird als eine spezifische Form von Widerstand, konkret Rationalisierung, beschrieben, dem durch Reflexion gezielt zu begegnen ist. Sie plädiert dafür, sich bei der Entwicklung und Umsetzung von Gleichstellungspolitiken auf diese Reflexion einzulassen und dafür ausreichend Zeit vorzusehen.

Meike Lauggas und Jacqueline Hackl setzen sich in ihren Beiträgen mit Coaching bzw. Mentoring, etablierten Instrumenten der Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung auseinander. In ihrer kritischen Auseinandersetzung mit diesen Instrumenten illustrieren sie das diesen Instrumenten inhärente Reflexionspotential und diskutieren, wie dieses genutzt werden kann. Meike Lauggas beschreibt zunächst das Risiko hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen im Bereich der privaten Lebensführung, das im Rahmen von Coachings häufig zum Thema wird. Sie thematisiert darauf aufbauend die Verantwortung von Wissenschaftsorganisationen, diesem Thema durch strukturelle Veränderungen zu begegnen, und beschreibt auch ein mögliches Prozedere, wie die im Coaching relevanten Themen für organisationale Reflexionsprozesse genutzt werden können. Jacqueline Hackl bettet ihre Analyse der Entwicklung des weiblichen wissenschaftlichen Subjekts in eine kritische Diskussion von Mentoringstrukturen und deren Effekten ein. Sie beschreibt, wie Wissenschaftler*innen eine widerständige Biographie entwickeln und dieses dem tradierten Wissenschaftsideal entgegensetzen. Sie plädiert

dafür, den Ansatz der Biographiearbeit in Maßnahmen der Frauen*förderung zu integrieren und damit die Entwicklung widerständiger Subjekte zu unterstützen.

Im vierten Teil des Bandes werden bislang im Kontext von Gleichstellungspolitik kaum beachtete Themen aufgegriffen. Es handelt sich dabei um Bereiche, die den nach wie vor bestehenden Bedarf an konkreter Frauenförderung verdeutlichen. Karin Sardadvar thematisiert das Potential von Frauenförderung in der Reinigungsbranche, die durch strukturelle Ungleichheiten, ein niedriges Einkommensniveau und geringe formale Qualifikationsanforderungen geprägt ist. Der hohe Frauen- und Migrant*innenanteil erfordert einen intersektionalen Zugang zur Frauenförderung, die im Idealfall organisationale Veränderungen und überbetriebliche Förderprogramme kombiniert und mit einer generellen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Branche verknüpft sein sollte.

Monika Riedel und Miriam Reiss thematisieren dagegen den Bedarf an Frauenförderung in einem hochqualifizierten Beschäftigungssegment – konkret unter Ärztinnen und Ärzten. Sie zeigen, dass Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mit Unterschieden in der Fächerwahl und individuellen Arbeitszeiten zusammenhängen, die wiederum durch Faktoren wie das Ausmaß der Planbarkeit des Arbeitsalltags und Patient*innenorientierung versus Technologieorientierung erklärt werden können.

Das Thema der geschlechtertypischen Berufs- und Bildungswahl wird auch von Andrea Leitner und Margareta Kreimer aufgegriffen. Sie diskutieren zunächst die Förderung von Mädchen und Buben in geschlechteruntypischen Ausbildungen und fragen in weiterer Folge danach, inwiefern eine geschlechteruntypische Ausbildung auch im Berufsleben umgesetzt werden kann. Dabei zeigt sich, dass es nicht nur bei der geschlechteruntypischen Ausbildungsentscheidung spezifischer Angebote bedarf, sondern Unterstützung auch notwendig ist, um längerfristig einen geschlechteruntypischen Beruf auszuüben.

Sabrina Gärtner setzt sich mit einem Bereich auseinander, der durch ein Fehlen von Frauenförderung charakterisiert ist – die Filmbranche. Dennoch haben sich in den letzten 20 Jahren eine Reihe erfolgreicher filmschaffender Frauen etabliert, die in ein sexusindifferentes Netzwerk eingebunden waren und sind. Derartige Unterstützungs- und Kooperationsformen können jedoch nicht über den Bedarf an strukturellen Maßnahmen im Bereich der Filmförderung, der Entscheidungsgremien und der Jurys hinwegtäuschen.

Ein weiteres Feld, in dem Frauen bislang kaum explizit adressiert wurden, ist die ländliche Entwicklung bzw. die dafür vorgesehene EU-Förderung. Theresia Oedl-Wieser geht der Frage nach, inwieweit Frauen Gestalterinnen, Adressatinnen und Nutzerinnen der Programme zur ländlichen Entwicklung sind. Dies ist nicht nur demokratiepolitisch wichtig, sondern birgt enormes Potential für

die soziale Transformation in Richtung einer offenen, ländlichen Gesellschaft. Diesem Potential stand bislang das Fehlen eines konsequenten Gender Mainstreamings der Programme wie auch das Fehlen eines gleichstellungspolitischen Diskurses im Kontext der ländlichen Entwicklung entgegen.

Literatur

- Benschop, Yvonne, und Marieke van den Brink. 2018. The Holy Grail of organizational change: Toward gender equality at work. In *Gender reckonings new social theory and research*, Hrsg. James W Messerschmidt, Patricia Yancey Martin, Michael A Messner, und Raewyn Connell, 193–209. New York: New York University Press.
- Bergmann, Nadja, und Irene Pimminger. 2004. *Praxishandbuch Gender Mainstreaming. Konzept, Umsetzung, Erfahrungen*. Wien: L&R Sozialforschung. http://www.lrsocialresearch.at/files/GeM_Praxishandbuch.pdf. Zugegriffen: 29. Mai 2020.
- Bogner, Alexander, und Helge Torgersen. 2005. *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brisolara, Sharon, Denise Seigart, und Saumitra SenGupta, Hrsg. 2014. *Feminist Evaluation and Research. Theory and Practice*. New York: Guilford Press.
- Guba, Egon G., und Yvonna S. Lincoln. 1989. *Fourth Generation Evaluation*. Newbury Park: Sage Publications Ltd.
- Hark, Sabine. 2005. *Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.
- Hark, Sabine, und Paula-Irene. Villa, Hrsg. 2015. *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: Transcript.
- Knorr-Cetina, . 1984. *Die Fabrikation von Erkenntnis – Zur Anthropologie der Naturwissenschaften*. Frankfurt a. M: Suhrkamp.
- Krais, . 2003. Begriffliche und theortische Zugänge zu den ,oberen Rängen‘ der Gesellschaft. In *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, Hrsg. Stefan Hradil und Peter Imbusch, 35–54. Opladen: Leske + Budrich.
- Kuhar, Roman, und David Paternotte, Hrsg. 2017. *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality*. London: Rowman & Littlefield.
- Leitner, Andrea. 2017. Indikatoren für ein kommunales Gleichstellungsmonitoring – Wiener Gleichstellungsmonitor. In *Gleichstellung messbar machen: Grundlagen und Anwendungen von Gender- und Gleichstellungsindikatoren*, Hrsg. Angela Wroblewski, Udo Kelle, und Florian Reith, 191–209. Wiesbaden: Springer VS.
- Lombardo, Emanuela, Petra Meier, und Mieke Verloo, Hrsg. 2009. *The discursive politics of gender equality: Stretching, bending, and policy-making*. Abingdon/Oxon: Routledge.
- May, Judith V., und Aaron B. Wildavsky, Hrsg. 1978. *The Policy Cycle*. Beverly Hills/London: Sage Publications Ltd.
- Patton, Michael Q. 1997. *Utilization-focused evaluation: The new century text*. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications Ltd.

- Podems, Donna, Hrsg. 2017. *Democratic Evaluation and Democracy*. Exploring the Reality. Charlotte N.C.: Information Age Publishing.
- Sauer, Birgit. 2015. Was macht feministische Politikwissenschaft zu einer kritischen Wissenschaft? Rückblicke und aktuelle Herausforderungen. In *Kritik und Widerstand Feministische Praktiken in androzentrischen Zeiten*, Hrsg. Brigitte Bargetz, Andrea Fleschenberg, Ina Kerner, Regina Kreide, und Ludwig Gundula, 23–42. Berlin: Opladen.
- Seigart, Denise, und Sharon Brisolara, Hrsg. 2002. *Feminist Evaluation. Explorations and Experiences, New Directions for Program Evaluation*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Wetterer, Angelika. 2009. Gleichstellungspolitik im Spannungsfeld unterschiedlicher Spielarten von Geschlechterwissen. Eine wissenssoziologische Rekonstruktion. *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 1 (2): 45–60.
- Zimmermann, Karin, Metz-Göckel, Sigrid, & Huter, Kai (2004). *Grenzgänge zwischen Wissenschaft und Politik. Geschlechterkonstellationen in wissenschaftlichen Eliten*. Wiesbaden: VS Verlag.

Johanna Hofbauer forscht und lehrt als außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung der Wirtschaftsuniversität Wien. Daneben ist sie Mitglied des Forschungsinstituts Economics of Inequality der WU (INEQ). Sie arbeitet zu Fragen organisationsbasierter Geschlechterungleichheit und zum Strukturwandel von Arbeit. Buchpublikation „Vermessene Räume – gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken (hg. mit Sabine Hark). Aktuelles Projekt „Digitally-based Self-Employment. Capturing the Opportunities and Challenges of New Forms of Work“. Johanna.Hofbauer@wu.ac.at

Angela Wroblewski ist Senior Researcher am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Gender Studies in der Hochschulforschung. Sie koordiniert das H2020 Projekt „TARGET – Taking a Reflexive approach to Gender Equality for institutional Transformatin“ und hat langjährige Erfahrung mit Evaluationen von Gleichstellungspolitiken in Wissenschaft und Forschung. wroblewski@ihs.ac.at

Teil I Status Quo und Überlegungen für eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik

Erodierung gleichstellungspolitischer Errungenschaften für Frauen im österreichischen Kontext

Regine Bendl, Maria Clar und Angelika Schmidt

1 Einleitung

Österreich liegt nach dem Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE), in ihrem aktuellsten Bericht von 2019 (mit den Daten aus 2017), auf Platz 13 von 28 Ländern. Mit 65 % rangiert Österreich mit 2.1 Punkten unter dem EU-Durchschnitt des Gleichstellungsindex. Erreichte 100 % hieße Gleichstellung in allen gemessenen Bereichen (Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht, Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, intersektionale Ungleichheiten). Insbesondere aufgrund der Themen Macht (40 %) und Zeit (61 %) hat sich das österreichische Ranking seit dem ersten Bericht im Jahr 2005 nicht verbessert (<https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2019/AT>; 09.06.2020).

Trotz jahrzehntelanger Kämpfe um Gleichberechtigung ist Platz 13 ein eindeutig verbesserungswürdiger Befund. Fraglich ist, inwiefern gleichstellungspolitische Themen in der Regierung Kurz I jenen Stellenwert bekommen, den es bräuchte, um zumindest im EU-Durchschnitt aufholen zu können. Zielsetzung dieses Beitrages ist daher eine Exploration der Geschlechtergleichstellungspolitik der österreichischen Bundesregierung Kurz I (2017–2019). Leitend dabei war die Fragestellung, welche Bewegungen (positive und negative) sich in Bezug

R. Bendl (✉) · M. Clar · A. Schmidt
Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich
E-Mail: regine.bendl@wu.ac.at

M. Clar
E-Mail: maria.clar@wu.ac.at

A. Schmidt
E-Mail: angelika.schmidt@wu.ac.at

auf Gleichstellung, Chancengleichheit, Gleichbehandlung und Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen dieser Regierungspolitik zeigen und welche Handlungsmöglichkeiten sich daraus für jene ergeben, die für Gleichstellungspolitik eintreten. Eingebettet in aktuelle Studien zu Geschlechterpolitiken in Österreich (vor COVID-19) und in die theoretisch-konzeptionelle Auseinandersetzung zu Antifeminismus, Backlash und Antigenderismus, werden Ergebnisse aus Expertinnen-Fokusgruppen zum Thema Geschlechterpolitik der österreichischen Bundesregierung vor dem Hintergrund des analytischen Konzepts ‚Gender at Work‘ (Rao et al. 2016) präsentiert. Diese Ergebnisse diskutieren wir dann vor dem Hintergrund der vorgestellten theoretisch-konzeptionellen Ansätze. Anschließend beleuchten wir die Ergebnisse mit einem Blickwinkel auf mögliche reflexive Praxen, die sich daraus für gleichstellungspolitische Akteur*innen und feministische Aktivist*innen ergeben. Wir schließen den vorliegenden Beitrag mit einem Plädoyer für weiterführende Narrationen, Ausdifferenzierungen und Debatten.

2 Kontext

Erster Ausgangspunkt für die Beschreibung des österreichischen Kontexts zu aktuellen geschlechterpolitischen Entwicklungen ist die Studie des Europäischen Parlaments (Juhász und Pap 2018) in der Österreich, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien und Slowakei in Bezug auf einen möglichen Backlash näher betrachtet werden. Allgemein verweisen die Autorinnen auf eine Kampagnisierung gegen ‚Gender‘ und ‚Gender Ideologien‘, welche sogar soweit geht, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (‚Istanbul-Konvention‘) anzugreifen, weil es Gender als ‚soziales Konzept‘ definiert (ebd. S. 9). Darüber hinaus zielen diese Angriffe auch gegen das Recht auf Abtreibung, LGBTIQ*-Rechte, Steuerungsmethoden wie Gender Mainstreaming oder die wissenschaftliche Auseinandersetzung innerhalb der Gender Studies (ebd. S. 15).

Für Österreich zeigen Juhász und Pap (2018), dass die häufig wechselnde institutionelle Verankerung des Frauenministeriums weder nachhaltig ist, noch Stabilität zeigt, sowie, dass einer bereits bestehenden Unterfinanzierung weitere Kürzungen zu folgen scheinen. Es wird dargelegt, dass die Implementierung von Gender Budgeting ineffektiv ist und Österreich keinen ganzheitlichen strategischen Aktionsplan für Geschlechtergerechtigkeit hat (ebd. S. 19). Positiv beschreiben die beiden Autorinnen die österreichische Familien- und Sozialpolitik, für die kein Backlash gesehen wird. Allerdings halten sie auch fest, dass trotz gesetzlicher Möglichkeiten Hausarbeit, Betreuungspflichten, Teilzeit